

Zur Ortsbeiratssitzung Kürenz am 05.03.13:

1.

Das Ergebnis der Ortsbeiratssitzung Kürenz zum Schulkonzept ist sehr ernüchternd. Lediglich wurde (einstimmig, mit einer Stimme Enthaltung, die von Gerd Dahm abgegeben wurde, mit der persönlichen Erklärung, dass er als „Schulpolitischer Sprecher der Grünen“ Informationen besitze, über die er im Ortsbeirat (öffentlich) nicht Reden dürfe) beschlossen, dass die Schulgebietsgrenzen zu Gunsten der Grundschule Kürenz verschoben werden sollen. Kein weiteres Argument wurde verabschiedet. Vor allem wurde nicht die vom Dominik Heinrich (Grüne) zuvor allen Ortsbeiratsmitgliedern zugesandte Erklärung, die explizit den Erhalt der Grundschule Egbert vorsah sowie ein Kooperation zwischen beiden Schulen befürwortete, verabschiedet. Man wolle sich nicht an das Schicksal der Grundschule Egbert knüpfen, hieß es. Mit anderen Worten: Jeder kämpft für sich allein!

Aber genau das ist fatal. Es ist genau darum so fatal, weil sich die Fraktionen bisher selbst noch nicht festgelegt haben und selbst Frau Brik zugeben muss, dass sie selbst noch nicht weiß, „wohin“ die Reise gehen wird. Mit anderen Worten: Das, was wir am 05.03.13 im Ortsbeirat diskutiert und verabschiedet haben, damit sich die Fraktionen daran bei ihrer Entscheidungsfindung orientieren können, ist völlig unerheblich. Es wäre nur dann wirklich interessant, wenn der Ortsbeirat die verschiedenen Optionen und möglichen Varianten der „Fraktionen“ kennen würde, um genau vor diesem Hintergrund die entsprechenden Argumente für den Erhalt der Grundschule in Kürenz, die ja vielfältig vorhanden sind, in Anschlag zu bringen. Dies konnte jetzt nur in Bezug auf die Verwaltungsvorlage 049/2013 als den gemeinsamen Vorschlag des Stadtvorstandes geschehen. Von dieser Vorlage wissen wir allerdings nur, dass sie „höchstwahrscheinlich“ nicht ohne Änderungen vom Rat verabschiedet werden wird. Doch selbst dieses nur sehr vage Wissen ist eigentlich unzureichend, weil es hier noch sehr viele Entscheidungen geben kann, die sich sowohl die Verwaltung als auch die verschiedenen Fraktionen – auch nach einer Verabschiedung der Vorlage, wie immer diese dann auch aussehen mag – offen halten, weil die Beschlüsse in jedem Fall noch durch „Einzelabstimmungen“ umgesetzt werden.

Die einzige Schlussfolgerung, die vor diesem Hintergrund zu treffen wäre, ist eigentlich die, dass gesamte Konzept konsequent abzulehnen, um den Fraktionen dann in jedem Einzelfall die Bürde aufzuerlegen, für oder gegen einen Schulstandort zu entscheiden. Denn nur in diesem Falle, wäre es den Ortsbeiräten möglich, die sorgfältig ausformulierten Argumente „für“ die Belange der Bürger/innen im Stadtviertel vor den Stadtrat zu bringen.

Bei dem jetzt vorliegenden Prozedere ist es nämlich keineswegs sicher, dass sich auch nur eine Fraktion der berechtigten Belange der Bevölkerung vor Ort (in unserem Fall für den Erhalt der Grundschule Kürenz) überhaupt annimmt. (Allerdings könnte die Grundschule ja auch erhalten bleiben in Verbindung mit einer Kooperation mit der Egbert-Schule. Dieses Argument geht jedoch unter Umständen zwischen den Verhandlungen der verschiedenen Fraktionen unter, weil diese bemüht sind unter völlig anderen Vorgaben gegenüber dem politischen Gegner zu positionieren und zu behaupten. – Doch genau das ist hier das Elend!)

Dieses Elend wurde sehr schön von Gerd Dahm (Grüne) in einem kurzen Zwischenkommentar zum Ausdruck gebracht. Er sagte, dass wenn „man“ [gemeint ist hier: von Seiten der Stadtratsfraktionen!] die Wünsche der Ortsbeiräte berücksichtigen würde, so bliebe alles, wie es ist. – Aber genau: Wenn DAS doch der Wille der Trierer Bevölkerung ist!?

Das Problem des Rates und der Verwaltung ist es eben, dass sie dem Willen der Bevölkerung nicht

entsprechen wollen können. Hier kommen plötzlich Zwänge ins Spiel, die von der Bevölkerung aber sehr wohl als „hausgemachte Zwänge“ der Verwaltung und der Parteipolitik durchschaut werden.

Dies ist nun (spätestens) der Punkt, an dem sich die Fraktionen und die Verwaltung vom Willen der Trierer Bevölkerung in den einzelnen Ortsteilen der Stadt und ihrer Belange politisch verabschieden, um ein (ungestörtes) relatives Eigenleben führen zu können.

Dieses parteiinterne Eigenleben speist sich aus politischen Überlegungen, die den Bürger/innen vor Ort recht ferne liegen und sich daher vielmehr auf möglichen Haushaltskonsolidierungsebenen und Zusammenballungen von Schulen aufgrund von Rationalisierungsvorgaben (durch das Land und durch die Stadtverwaltung) beziehen. Insofern ist es nachvollziehbar das z.B. die CDU-Fraktion sich weigert 4.2 Millionen Euro für die Sanierung der Egbert-Grundschule auszugeben, wenn gleich nebenan die Grundschule Kürenz in bestem Zustand weitergeführt werden kann. Allerdings ist auch dies nur die halbe Wahrheit (der CDU). Denn es gibt auch starke Bestrebungen innerhalb der CDU, die ein viel umfangreicheres Schulschließungskonzept befürwortet hätten, als es bis jetzt innerhalb der CDU konsensfähig ist. Mit anderen Worten: Auch das, was in der Zeitungen (TV, bez. 16.vor) steht und bisher veröffentlicht wurde, kann bis zur Ratssitzung am 14.03.13 schon wieder völlig nichtig geworden sein. Und dies ist nur ein Fall, der allerdings auch mit den Vorgaben der Verwaltungsvorlage 049/2013 sehr gut begründbar bleibt. Denn hier hält sich die Stadt ausdrücklich durch Einzelfallentscheidungen vor, Beschlüsse umzusetzen nach dem sinngemäßen Motto von Frau Birk: „Eine Schule, die nicht mehr (vorhanden) ist, spart am meisten ein und kostet nichts!“ (Ortsbeiratssitzung, Kürenz, 05.03.13) - Freilich!

Nur trifft dieses Argument schon gar nicht auf die Grundschule Kürenz zu – es sei denn „man“ will sie (koste es, was es wolle!) schließen. Denn eine Option der Verwaltung sähe auch vor, dass das Gebäude bestehen bliebe und von Berufsschülern oder Gymnasiasten weiterhin genutzt werden könnte. – Allerdings fiel dann das mögliche Einsparpotential durch einen Grundstücksverkauf weg, obwohl dieser sehr wohl von der Verwaltung als Option (vgl. Vorlage 049/2013: Punkt 5.) fortgeschrieben wird. – Auch an dieser Stelle zeigt sich, dass der Ortsbeirat so oder so nichts zu entscheiden gehabt hat, denn diese Optionen gehen über sein Votum (egal wie es ausgefallen sein mag) hinweg. Allerdings ist es sehr ärgerlich, dass ausgerechnet zur Grundschule in Kürenz keine „Betriebskosten und Ausbaurückstellungen“ in der Vorlage 49/2013 vorhanden sind. Das Argument von Seiten des Ortsvorstehers Bernd Michels (CDU), dass das doch wohl klar sei, weil die Stadtverwaltung die Schule als erstes schließen wolle, ist an dieser Stelle aber höchst ungeeignet, zu begründen, warum die Verwaltungsvorlage dann die „Option“ einer Fremdnutzung durch eine Berufsschule oder durch ein Gymnasium offen hält. Denn auch in diesem Fall müsste die Verwaltung (Gebäudemanagement) durchaus „wissen“, was der laufende Betrieb kosten würde. Völlig unlogisch wird die Argumentation der Verwaltung (und die jeder Fraktion, die die Grundschule Kürenz schließen will) dann, wenn man bedenkt, dass vor diesem Hintergrund, der Betrieb der Grundschule Kürenz überhaupt nicht aus finanziellen Erwägungen gefährdet sein könnte, denn die Betriebskosten bleiben gleich, egal welche Schulform das Gebäude nutzt. Und also könnte die Grundschule Kürenz auch weiterhin fortgeführt werden. (Allein die mögliche Option, die Schule zu schließen und das Gebäude an mögliche Investoren zu veräußern, brächte der Stadt einen Konsolidierungserfolg. Dieser kann aber auch häppchenweise durchgeführt werden, wie es die CDU nicht ausschließen will.) So oder so: Es ist ärgerlich, dass ein Ortsbeirat wiederholt die Verwaltung darum bittet, Zahlen vorzulegen, um begründet entscheiden zu können, wobei diesem Wunsch aber von der Verwaltung nicht nachgekommen wird. (Transparenz sieht anders aus!).

Da hilft es auch nicht, dass sich Frau Birk wiederholt darauf beruft, dass es einen mehrheitlichen

Beschluss des Stadtrates gäbe, die Ambrosius-Grundschule in Trier-Nord vierzünftig ausbauen zu wollen. Zu dem Zeitpunkt der Beschlussfassung musste jeder im Stadtrat davon ausgehen, dass die beiden nördlichen Schulen, Martin und Ambrosius, zusammengeführt werden sollen. Keineswegs liegt es aber nahe, auch die Grundschüler/innen von Altkürenz nach Ambrosius in eine vierzünge Mega-Schule zu bringen. Dass die Verwaltungsvorlage das dennoch tut, liegt daran, dass die große Investition für diese Mega-Schule sich nur rechnet, wenn die umliegenden Schulen, also Martin und Alt-Kürenz, geschlossen werden und die Schüler/innen nun die neue Mega-Ambrosius-Schule besuchen, damit diese ausgelastet ist.

Deswegen ist es auch nicht erstaunlich, dass die Verwaltung den wiederholt in Ortsbeiratsprotokollen niedergelegten Beschluss des Ortsbeirates Kürenz nicht in die Verwaltungsvorlage 049/2013 integriert hat, nach dem sich die Kürenzer verbieten als ein Stadtteil je nach Verwaltungsbedarf aufgeteilt zu werden in verschiedene Bezirke wie z.B. Petrisberg, Weideengraben und Altkürenz. Es wurde sogar ausdrücklich bestimmt, dass die Kürenzer Schüler/innen die Option bekommen sollten, bevorzugt in Grundschulen aus „Kürenz“ einen Platz zu bekommen. – Diese Option wird von der Verwaltung aber nicht geteilt. Und auch die verschiedenen Fraktionen werden nicht in der Lage sein (oder besser: nicht gewillt sein!), so differenziert zu Denken und ihre Entscheidungen nicht nur grobschlächtig nach dem Finanzgebaren der vorherrschenden Sparzwängler auszurichten.

2.

Auch der zur Abstimmung vorgelegte Bebauungsplan für die Soterstraße wurde zwar einstimmig verabschiedet, aber durchaus sehr unterschiedlich politisch bewertet. So ging der Einzugsbereich des neuen Bebauungsplan vielen Ortsbeiratsmitgliedern nicht weit genug. Denn um den möglichen Verkauf des Grundschulgeländes auf der anderen Seite möglichst unattraktiv zu gestalten, wäre es nötig gewesen einen Bebauungsplan vorzulegen, der auch dieses Gebiet miteinbezieht. Das hat die Stadt aber nicht gemacht. Vielmehr hat sie nun, nachdem das Kind in den Brunnen gefallen ist (-was vorhersehbar war und im Ortsbeirat sowohl von den unmittelbaren Anwohnen als auch von einigen Ortbeiratsmitgliedern immer wieder angeführt wurde) die Reißleine gezogen, um das völlig überdimensionierte Bauwerk in der Mitte der Straße noch begrenzen zu können. Bisher wurde nach §34 des Baurechtsgebaut, wonach kein eigener Bebauungsplan nötig ist und nur die entsprechenden Baugenehmigungen beim Amt eingeholt werden müssen. Es ist aber kaum zu glauben, dass die Stadt aus diesem konkreten Vorfall klug geworden sein können sollte. Nach wie vor befürchten die Anwohner für den möglichen Fall der Option eines Verkaufes des Schulgeländes das Schlimmste! – Und, wie einige Ortbeiratsmitglieder meinen, nicht zu Unrecht!

3.

Der Ortsbeirat verabschiedete einstimmig die Absicht, den „Kopfstein“ bei den neuen Stolpersteinverlegungen am 18.03.13 in Kürenz für die sog. „Fahnenflüchtigen“ der NS-Wehrmacht in Patenschaft zu übernehmen. – Vielen Dank!